

Grüne fordern Bericht zur Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderungen

Der Gesundheitsausschuss beschließt Bericht zur Versorgung von Menschen mit Behinderungen und diskutiert Impfungen in Apotheken.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - In einer entscheidenden Sitzung des Gesundheitsausschusses am 18. März 2025 haben die Grünen einen umfassenden Bericht zur gesundheitlichen Versorgung von Menschen mit Behinderungen durchgesetzt. Wie **apa-ots.at** berichtet, wurde der Antrag einstimmig angenommen, um die gravierenden Missstände im Gesundheitswesen anzugehen. Statistische Erhebungen zeigen, dass rund 570.000 Menschen in Österreich stark beeinträchtigt sind, und der bestehende Zugang zu medizinischer Versorgung ist oft mangelhaft. Der Bericht, erstattet von der Gesundheit Österreich GmbH, soll eine detaillierte Analyse der bestehenden Probleme liefern und Wege zur Verbesserung aufzeigen, um die Lebenssituation dieser Menschen zu verbessern.

Impfen in Apotheken: Ein umstrittenes Thema

Parallel dazu stehen die Grünen mit einem Vorschlag zur Impfung in Apotheken erneut im Rampenlicht. Abgeordneter Ralph Schallmeiner hat eine Gesetzesvorlage präsentiert, die ein niederschwelliges Impfangebot in rund 1.400 Apotheken in Österreich ermöglichen soll. Laut **kurier.at** soll dies nicht nur die Impfquote erheblich steigern, sondern auch die Hausärzte entlasten und öffentliche Gesundheitskosten senken. Der

Konflikt zwischen Apothekerkammer und Ärztekammer über die Durchführbarkeit von Impfungen wurde jedoch über die Jahre hinweg zum Streitpunkt, da die Ärztekammer weiterhin auf der Auffassung besteht, dass das Impfen eine ärztliche Aufgabe bleibt. Schallmeiner betont die Wichtigkeit dieser Initiative, um die Gesundheit der Bevölkerung nachhaltig zu verbessern und die entstanden Wartezeiten signifikant zu reduzieren.

Die Stimmung im Ausschuss bleibt gespannt, da vergangene Versuche zur Erleichterung der Impfungen in Apotheken gescheitert sind. Vertreter der Ärztekammer könnten erneut als Hindernis auftreten, während die Grünen hoffen, einen emanzipierteren Dialog zu initiieren.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• kurier.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at